

A1 Junggrüne Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019

Gremium: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 12.12.2018
Tagesordnungspunkt: 7. Wahlkampfkonzept

Antragstext

1 Wir wollen als GRÜNE JUGEND Sachsen eine Kampagne, die für uns und andere junge
2 Menschen wichtige Themen behandelt. Viele davon kommen in Sachsen leider zu
3 kurz. Wichtige Zukunftsentwicklungen werden verpasst oder ignoriert. Aber wir
4 wollen uns nicht nur auf Versäumnisse der Regierung konzentrieren, sondern
5 insbesondere unsere Visionen für ein sozialeres, ökologisches und vor allem
6 grünes Sachsen nach vorne stellen. Als Grundlage für unsere Kampagne
7 konzentrieren wir uns daher auf drei Schwerpunkte:

- 8 • Klima als urgrüne Angelegenheit
- 9 • Bildung, (nicht nur) junge Menschen betreffend
- 10 • Freiheit & Demokratie, ein seit Jahren aktuelles Thema in Sachsen.

11 Um die drei Bereiche miteinander zu verbinden und um unsere Geschichten zu
12 erzählen, wird es auch Querschnittsthemen geben. Diese beschränken sich dabei
13 nicht auf einen Schwerpunktbereich. Themen wie Mobilität und Infrastruktur sowie
14 Solidarität sollen so unsere Kampagne ergänzen.

15 KLIMA GEHT UNS ALLE AN!

16 Braunkohle ist der klimaschädlichste Energieträger und sorgt für 20% des CO₂-
17 Ausstoßes in Deutschland. Mit der Lausitz und dem mitteldeutschen
18 Braunkohlerevier besitzt Sachsen zwei Abbaugelände für Braunkohle. Wir streiten
19 dafür, den Ausstieg aus Kohle schnellstmöglich einzuleiten. Wir wollen dabei
20 die Abhängigkeit der betroffenen Regionen überwinden und einen Wandel einleiten,
21 der neue Perspektiven für die Beschäftigten und besonders für die Jugendlichen
22 vor Ort schafft. Für uns ist klar, der schnellstmögliche Kohleausstieg ist die
23 Voraussetzung für jeden Koalitionsvertrag. Die sächsische CDU weigert sich bis
24 heute, nur an das mögliche Ende der Braunkohleförderung zu denken und gefährdet
25 somit auch die Zukunft der Menschen. Wir werden im Wahlkampf auf dieses Versagen
26 eingehen und kritisieren die Politik der letzten Jahre scharf.

27 Aber nicht nur der Ausstieg aus der Braunkohle ist ein Problem. Der Freistaat
28 Sachsen verschläft auch die Mobilitätswende. Der Verkehrsbereich ist aktuell
29 neben dem Energiesektor eine weitere Quelle für unseren Ausstoß von
30 Treibhausgasen. Wir müssen daher weg von Autos hin zu Bus, Bahn und Rad. Hierfür
31 ist ein gut ausgestatteter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) wichtig, der
32 die einzelnen Regionen und Städte in Sachsen miteinander verbindet. Für
33 Fahrradfahrende und Fußgehende brauchen wir insbesondere, aber nicht nur, in den
34 Städten gut ausgebaute Rad- und Fußwege. Zu diesem Zweck wollen wir Fördermittel
35 in die Hand nehmen und in die Infrastruktur investieren. Aus unserer Sicht
36 braucht es eine verlässlichere und häufigere Bedienung im Regionalverkehr und
37 eine verbesserte Fernverkehrsanbindung.

38 Es geht beim Klima jedoch nicht nur um lokale Verantwortung. Wir als GRÜNE
39 JUGEND haben seit jeher die globalen Folgen im Blick. Der menschengemachte
40 Klimawandel ist das größte Problem unserer Zeit. Es geht, um unsere Zukunft und
41 die vieler Menschen auf dieser Welt. Wir wollen uns im Wahlkampf solidarisch
42 zeigen mit Klimaaktivist*innen weltweit und noch viel mehr mit den Leidtragenden
43 des Klimawandels. Dürren, Stürme und Hochwasser werden vielerorts die
44 Lebensgrundlage vieler Menschen zerstören. Die Industrienationen tragen hier die
45 Verantwortung. Wir fordern daher auch die Ausweitung des Asylrechts auf
46 Klimageflüchtete.

47 BILDUNGSOFFENSIVE JETZT!

48 Bildung ist ein zentrales Thema für junge Menschen. Wir verstehen darunter nicht
49 nur die klassische schulische Bildung, sondern auch politische Bildung. Für
50 beide Bereiche wollen wir mehr Geld in die Hand nehmen, wir brauchen eine
51 Bildungsoffensive: bessere Bezahlung Lehrender, bessere Ausstattung von Schulen
52 und Hochschulen, Digitalisierung der Bildungslandschaft, mehr Landesmittel für
53 Wissenschaft und Lehre an den Hochschulen, uvm.

54 Der Lehrer*innenmangel ist eines der großen Versäumnisse der sächsischen
55 Staatsregierung. Unsere Aufgabe muss es sein, durch bessere Bezahlung und ein
56 modernes Schulumfeld Sachsen insbesondere für junge Lehrende attraktiv zu
57 machen. Wir wollen Schulen aber auch für die Schüler*innen selbst attraktiv
58 gestalten. Für uns heißt das den Erhalt von wohnortnahen Schulen, eine gute
59 digitale Infrastruktur, außerschulische und moderne Gebäude. Die soziale
60 Spaltung betrifft auch insbesondere Schüler*innen. Nicht alle Familien können es
61 sich leisten, ihren Kindern Nachhilfe zu finanzieren. Wir wollen, dass Kinder
62 und Jugendliche verschiedenster sozialer Herkunft länger gemeinsam lernen. Daher
63 setzen wir uns für die Einrichtung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in
64 Sachsen ein. Dort soll dann auch auf individuelle Förderbedarfe eingegangen
65 werden.

66 Mobilität spielt bei jungen Menschen eine wichtige Rolle. Neben den Fahrten zur
67 Schule kommen Fahrten zum Sportverein, zur Nachhilfe, zum Theaterkurs oder
68 einfach zu Freund*innen hinzu. Da solche Aktivitäten nicht vom Geldbeutel der
69 Eltern abhängen dürfen, unterstützen wir die Einrichtung eines kostenfreien
70 Landesschüler*innentickets. Außerdem fordern wir ebenfalls die Einrichtung von
71 landesweiten Semester- bzw. Auszubildendentickets.

72 Sachsens Hochschulen werben sehr viele Drittmittel ein, jedoch ist die
73 Grundsicherung durch Landesmitteln relativ gering und teilweise nicht einmal
74 gewährleistet. So mussten in den letzten Jahren Stellen abgebaut und Fächer
75 gestrichen werden. Wir fordern daher, dass die Mittel pro Student*in angehoben
76 werden und sprechen uns gegen die Streichung weiterer Fächer aus. Wir wollen
77 eine Bildungslandschaft mit vielen verschiedenen Angeboten, unter denen alle
78 auswählen können. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des Numerus Clausus
79 ein.

80 FREIHEIT SICHERN!

81 In Sachsen, in Deutschland, in ganz Europa: wir erleben enorme Angriffe auf
82 unsere Grundrechte und unsere Freiheiten. Diese Angriffe kommen vom Staat
83 selbst. Zugunsten vermeintlicher Sicherheit kommen immer mehr
84 Gesetzesverschärfungen, soll (Video-)Überwachung enorm ausgebaut werden,

85 schreitet die Militarisierung der Polizei voran und werden Eingriffsbefugnisse
86 der Polizei weit ins Vorfeld einer Gefahr verlegt. Das sind
87 Grundrechtsbeschränkungen, die zu Lasten aller Bürger*innen, aber auch zu Lasten
88 der Demokratie gehen. Denn nur wer keine Angst vor einer militarisierten Polizei
89 mit Handgranaten hat, geht zu einer Demonstration auf die Straße, und nur wer
90 nicht sofort ins Blickfeld staatlicher Ermittlungen und Repression gerät,
91 engagiert sich politisch. Wir wollen aber, dass sich viele, besonders junge
92 Menschen in der Gesellschaft einbringen können und wir gemeinsam ein
93 solidarisches Miteinander schaffen.

94 Wir wollen keine Polizei, die die Bürger*innen einschüchtert, sondern die gut
95 kontrolliert und transparent ist. Kennzeichnungspflicht und eine unabhängige
96 Beschwerdestelle fordern wir als erste Schritte. Wir wollen einen effizienten
97 Rechtsstaat, der Beschuldigten ein faires Verfahren garantiert, anstatt Menschen
98 durch polizeiliche Maßnahmen zu bestrafen, ohne, dass sie je eh eine Straftat
99 begangen haben. Wir wollen, dass auch der Staat erkennt: wir sind grundsätzlich
100 unverdächtig!

101 Auch werden wir deutlich zeigen, dass wir die zunehmende Überwachung nicht
102 hinnehmen. Damit der öffentliche Raum allen gehören kann, darf er nicht an allen
103 Ecken videoüberwacht werden. Menschen verhalten sich anders, wenn eine Kamera
104 auf sie gerichtet ist – und erst recht, wenn diese anhand intelligenter
105 Technologie und Gesichtserkennung sogar in der Lage ist, Bewegungsprofile zu
106 erstellen. Das Prinzip der „gefährlichen Orten“ lehnen wir ab. Wir müssen uns
107 nicht dafür rechtfertigen, dass wir Privatsphäre erhalten wollen – der Staat
108 muss es, wenn er sie uns nehmen will. Dass jede*r in einer Demokratie im
109 Privaten privat bleiben darf, muss selbstverständlich wieder werden.

110 Vor allem aber zeigen wir 2019, dass wir für einen generellen Geisteswandel in
111 Sachsens Innenpolitik eintreten. Angst und Sicherheitswahn dürfen nicht länger
112 handlungsleitend sein. Der von Rechtsradikalen teils systematisch geschürten
113 Angst muss im gesellschaftlichen Diskurs begegnet werden. Dazu gehört es, diese
114 Strategie aufzudecken, faktenbasiert zu argumentieren, aber auch normativ für
115 eine weite Auslegung der bürgerlichen Freiheit zu streiten. Dazu gehört es nicht
116 unverhältnismäßige Gesetzesverschärfungen als probates politisches Mittel
117 anzuwenden. Wir wollen keine Politik, die die Freiheit der Sicherheit opfert,
118 sondern die selbstbewusst demokratische und freiheitliche Errungenschaften
119 verteidigt.

Begründung

Das Wahlkampfteam der GJ Sachsen schlägt die drei Themen als Themenschwerpunkte für den Landtagswahlkampf 2019 vor. Anmerkungen und Ergänzungen sind sehr willkommen, werden eingearbeitet und das Themenpapier dann in auf diese Weise überarbeiteter Fassung auf der Landesmitgliederversammlung eingebracht.

A2 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Gremium: Landesvorstand Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag Soziale Ungleichheit Sachsen

Antragstext

1 Jedes fünfte Kind lebt in Armut, ein Drittel der erwachsenen Armen in
2 Deutschland ist erwerbstätig, jede*r vierte arme Erwachsene ist in Rente oder
3 Pension und nur ein Fünftel ist arbeitslos. Beispiele für die aktuelle
4 Bestandsaufnahme der Armut in Deutschland, laut dem Armutsbericht 2018 der
5 Paritätischer.

6 In Sachsen sind etwa 15 bis 19 Prozent (mindestens jede*r Sechste) der
7 Einwohner*innen von Armut bedroht. Das geht aus Zahlen des Statistischen
8 Landesamtes hervor. Über diese Zahlen kann auch die scheinbar sinkende
9 Arbeitslosenzahl nicht hinwegtäuschen.

10 Armut beeinträchtigt und benachteiligt Menschen im Hinblick auf Wohnen,
11 Gesundheit, Bildungschancen, Teilhabe und Lebensfreude.

12 Bis zum Jahr 2016 wollten die Koalitionspartner CDU und SPD in Sachsen mit einer
13 interministerielle Arbeitsgruppe eine sächsische Präventionsstrategie
14 erarbeiten, welche Maßnahmen zum Abfedern der Folgen bestehender Armut sowie zur
15 Minimierung von Armutsrisiken, insbesondere bei Kindern und Älteren, entwickelt.
16 Das sächsische Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz lässt damit bis
17 2018 noch auf sich warten. Bisher sind keine Informationen zu einer
18 Präventionsstrategie bereitgestellt. Ein Handlungswille bei der Bekämpfung von
19 sozialer Armut ist nicht zu erkennen.

20 Die Hauptgründe der Armut und der sozialen Ungerechtigkeit liegen für die GRÜNE
21 JUGEND Sachsen in den Folgen des aktuellen Wirtschaftssystems. In einer
22 kapitalistischen Gesellschaft gibt es nur Gewinner*innen, wenn andere Menschen
23 verlieren. Es gibt keinen "sozialen" oder "fairen" Kapitalismus.

24 Die GRÜNE JUGEND setzt sich längerfristig für ein neues soziales und faires
25 Wirtschaftssystem ein, in dem jeder Mensch und die Umwelt ausreichend geschützt
26 und gefordert wird. Reichtum, (soziale) Herkunft, Leistung und Ausbeutung dürfen
27 nicht unser Zusammenleben bestimmen.

28 Da sich das kapitalistische System nur längerfristig ändern lässt, müssen
29 vorerst Lösungsvorschläge ausreichen, die kurzfristig die Armut mit ihren Folgen
30 für Menschen eindämmen.

31 Arbeit muss mehr wert sein

32 Ob ein Mensch in Armut lebt, hängt in den vielen Fällen mit dem Geld zusammen,
33 welches für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Die meisten Menschen
34 verdienen ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit. Doch wie die aktuellen Zahlen
35 zeigen, schützt eine Arbeitsstelle nicht vor Armut. Mittlerweile sind 1/3 der in
36 Armut lebenden Menschen erwerbstätig.

37 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

38 - Arbeit muss mehr wert sein und darf kein Existenzminimum sein

- 39 - einen Mindestlohn von 14 Euro, welcher für Rente, Kinder und Leben ausreicht
- 40 - Für gleiche Arbeit muss es den gleichen Lohn geben, unabhängig von Ort,
41 Geschlecht und Abschluss
- 42 - Gewinne müssen sozial umverteilt werden. Jede*r Beschäftigte muss von dem
43 Gewinn eines Unternehmens profitieren.
- 44 - Prekäre Beschäftigung verbieten und sichere Arbeitsstellen schaffen
- 45 Grundsicherung - Weg von Harz 4 und Sanktionen
- 46 Sollten Menschen erwerbslos sein oder von einem geringen Gehalt den
47 Lebensunterhalt nicht finanzieren können, muss ein Sozialstaat diese Personen
48 ausreichende unterstützen. Es muss eine gesicherte Grundsicherung geben, welche
49 nicht sanktioniert werden kann. Der Staat muss die Menschen vor Existenzängsten
50 schützen und es ihnen erleichtern aus einer prekären Situation hinauszukommen.
- 51 Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert:
- 52 - Die Abschaffung der Harz IV Sanktionen
- 53 - Die Anhebung der Harz IV Sätze
- 54 - Ein bedingungsloses Grundeinkommen
- 55 Wohnen als Menschenrecht
- 56 Bei der Armut und sozialer Ausgrenzung von Menschen geht es auch schnell um die
57 Existenzgrundlage Wohnen. Viele Menschen stehen vor dem Problem nicht mehr an
58 einem Ort zu wohnen, welchen sie benötigen oder bevorzugen. Das aktuelle
59 Versagen bei der Wohnungspolitik trifft als erstes die sozial Schwachen.
- 60 Wachsende sächsische Großstädte und die zeitgleich abgehängten ländlichen Räume
61 sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide können Menschen vom
62 gesellschaftlichen Leben ausschließen und zur sozialen Spaltung beitragen.
- 63 Großstädte wie Dresden und Leipzig kämpfen mit steigenden Mieten und zu wenig
64 bezahlbarem Wohnraum. Im ländlichen Raum werden hingegen Buslinien oder
65 Jugendclubs geschlossen, was bedingt, dass immer Menschen vom Land in die Stadt
66 ziehen.
- 67 Die soziale Spaltung in den Großstädten wird vor allem dadurch vorangetrieben,
68 dass alteingesessene und einkommensschwache Menschen verdrängt werden. Dies
69 geschieht durch Zweckentfremdung des Wohnraumes z.B.: für Ferienwohnungen, aber
70 auch aufgrund spekulativen Leerstandes oder der übermäßigen Erhöhung der Mieten.
71 Dies muss ein Ende haben. Weiterhin ist das Angebot an Sozialwohnungen
72 katastrophal. Nicht nur, dass es zu wenig Wohnungen mit Belegungsbindung gibt,
73 die Belegungsbindung gilt in der Regel nur 10 Jahre.
- 74 Die Barrierearmut muss essentieller Bestandteil der Stadtplanung sein. Dabei
75 sind Teilhabe berechnete Menschen mit in die Planung einzubeziehen. Wir
76 brauchen Städte, die flexibel für alle Bewohner*innen sind und eine Teilhabe für
77 jede*n ermöglichen.
- 78 Eine konsequente soziale Mischung in Stadtteilen muss Priorität haben. Es darf
79 keine abgehängten Stadtteile mit schlechterer ärztlicher Versorgung und Schulen
80 mit geringer Bildungsqualität geben. Eine Möglichkeit dies umzusetzen ist die

81 Förderung von alternativen Wohnformen. Diese können Mehrfamilienhäuser mit
82 preiswerten und teureren Preissegmenten sein.

83 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

84 - Wohnen als Menschenrecht umsetzen

85 - einen konsequenten Milieuschutz

86 - Sozialwohnungen mit einer Belegsbindung von mindestens 25 Jahren

87 - Einen echten Mietspiegel, in dem auch Bestandsmieten verzeichnet sind

88 - private Vermieter*innen fördern, die nicht die finanziellen Mittel haben

89 wichtige Sanierungen durch zu führen.

90 - Teilhabeberechtigte Menschen in Stadt einbeziehen

91 - Eine Förderung von diversen und alternativen Wohnformen (z.B, Housing-First)

92 Auf der anderen Seite steht der ländliche Raum. Wobei ländlicher Raum nicht
93 gleich ländlicher Raum ist. Auch "auf dem Land" gibt es unterschiedliche soziale
94 Probleme. Viele Dörfer stehen vor dem Problem der Überalterung. Viele Junge
95 Menschen zieht es in größere Orte oder Großstädte.

96 Viele Dörfer haben wenig bis keinen ÖPNV. Auch sind die Fahrzeuge oft nicht auf
97 Menschen, welche auf Barrierefreiheit angewiesen sind, vorbereitet, die einzige
98 Alternative ist hier meist das klimaschädliche Auto. Menschen, die sich dies
99 nicht leisten können oder aus gesundheitlichen bzw. aus Altersgründen kein Auto
100 mehr fahren haben so oft keine anderen Möglichkeiten sich fortzubewegen.

101 Daher fordern die GRÜNE JUGEND Sachsen:

102 - Den Ausbau eines barrierefreien ÖPNVs, der auch die Teilhabe von Menschen ohne
103 Auto auf dem Land ermöglicht

104 - Die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum zu erhalten und zu fördern

105 Armut als Gesundheitsrisiko

106 Armut hat nicht nur Konsequenzen auf Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch
107 auf die Lebenserwartung und den Gesundheitszustand. Menschen in monetärer Armut
108 haben eine bis zu 12 Jahre verkürzte Lebensdauer. So reicht zum Beispiel der
109 Arbeitslosengeld-II-Satz nicht für eine von Ernährungswissenschaftler*innen
110 empfohlene Ernährung. Empfänger*innen sind häufig auf Essen von den Tafeln
111 angewiesen, diese können jedoch keine "Vollversorgung" bieten.

112 Auch wird die staatliche Aufgabender Versorgung von Menschen und die Schaffung
113 von würdigen Lebensverhältnissen in ehrenamtliche nicht-staatliche Strukturen
114 ausgelagert. Der Staat gibt hier Verantwortung ab.

115 Dazu hindern Zuzahlungen für ärztliche Leistungen und Medikamente Menschen mit
116 geringem Einkommen an Arztbesuchen. Auch die Versorgung mit wichtigen
117 Medikamenten kann so nicht gewährleistet werden. Sowohl Arbeitslosengeld-II als
118 auch Leistungsgewährung und die Regelung von Zuzahlungen an die Krankenkasse
119 sind Themen, die vor allem auf Bundesebene im Bundestag geregelt werden müssen.

120 Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert:

121 - Den Ausbau der gesundheitsfördernde Maßnahmen, Informationen und Angebote,
122 sowie kostenlose ein Sport- und Bewegungsangebote

123 - Einführung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens für Kinder und
124 Jugendlichen an öffentlichen Einrichtungen

125 - Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin

126 - Absenkung der Mindestbeiträge bei Krankenkassen

127 - Barrierefreie und professionelle medizinische Versorgung vor Ort

128 Ungerechtigkeit in der Bildung

129 "Bildung ist der Schlüssel zur individuellen Selbstbestimmung und Teilhabe an
130 der Gesellschaft."

131 In Sachsen, wie auch in Gesamtdeutschland sind die Bildungschancen abhängig von
132 der sozialen Herkunft. Sozial Benachteiligte haben grundlegend schlechtere
133 Bildungsmöglichkeiten. Eltern von Schüler*innen, die Gymnasien besuchen, haben
134 meist einen Hochschulabschluss, Eltern von Schüler*innen der Real- oder
135 Hauptschule meist einen Real-, Hauptschul- oder gar keinen allgemeinbildenden
136 Abschluss.

137 Das hat vor allem den Grund, dass Schüler*innen von einer finanziellen
138 Unterstützung der Eltern in Form von Nachhilfe oder außerschulischen
139 Bildungsmöglichkeiten wie einer musikalischen Ausbildung profitieren. Der Staat
140 hat die Aufgabe solche Angebote auch für sozial Benachteiligte bereitzustellen.
141 Jugendliche, deren Eltern Arbeitslosengeld-II beziehen, bekommen 10€ pro Monat
142 für Soziale Aktivitäten und außerschulische Bildungsmöglichkeiten, sowie 100€
143 pro Jahr für Schulmaterial. Jugendliche Asylbewerber bekommen 76€ pro Monat für
144 ihren Lebensunterhalt. Das reicht nicht annähernd für außerschulische
145 Bildungsangebote und Aktivitäten, wie eine musikalische Ausbildung,
146 Nachhilfeunterricht, Klassenfahrten oder Ausflüge aus. Oft ist soziale
147 Ausgrenzung die Folge. Eine Trennung nach der 4. Klasse abhängig von den
148 schulischen Leistungen halten wir daher für nicht sinnvoll.

149 Das Bafög, welches das Studium möglichst allen ermöglichen soll, reicht oft
150 nicht aus, um die steigenden Lebensunterhaltungskosten, wie Mieten zu decken.
151 Außerdem fällt es jungen Menschen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben,
152 oftmals schwieriger ein Hochschulstudium zu beginnen, da sie sich vielen Fragen
153 und Unsicherheit ausgesetzt sehen, auf denen ihre Eltern ihnen nicht immer eine
154 Antwort geben können. Eine Förderung dieser, damit sie eine selbstbestimmte
155 Entscheidung eines Hochschulstudiums treffen können, ist hier Notwendig

156 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Sachsen:

157 - Einführung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen

158 - Der Schulbesuch, Lehr- und Lernmittel und Teilnahme an allen schulischen
159 Aktivitäten wie Klassenfahrten und Ausflüge müssen kostenlos sein

160 - Die Erhöhung der sozialen Leistungen und Angebote für soziale Aktivitäten und
161 außerschulische Bildungsmöglichkeiten

162 - Schulen und Kindertageseinrichtungen, die in sozial belasteten Stadtvierteln
163 liegen, brauchen eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung, um durch

164 umfassende Förderung sowie kleinere Klassen und Gruppen die Chancengleichheit
165 auch für benachteiligte Kinder und Jugendliche herstellen zu können

166 - Entbürokratisierung und Erhöhung der Sozialleistungen nach Bafög

167 - Förderung von Nicht-Akademiker*innen Kinder an den Schulen zu Fragen zum
168 Studium und Bafög

169 Gleiche Chancen für alle Kinder – Kinderarmut bekämpfen!

170 Kinderarmut wollen wir besonders in den Blick nehmen. In Deutschland lebt jedes
171 fünfte Kind in Armut. 2017 lebten 21% aller Kinder in Deutschland über
172 mindestens 5 Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in Armut. Es ist wahrscheinlich,
173 dass die Dunkelziffer noch höher liegt. In Sachsen sind besonders in Leipzig und
174 Dresden viele Kinder von Armut betroffen. Das sind beschämende Verhältnisse für
175 ein so reiches Land.

176 Es ist für unsere Gesellschaft ein unhaltbarer Zustand, wenn Kinder von
177 vornherein in verschiedenen Lebensbereichen ausgeschlossen werden. Wenn
178 Schüler*innen nicht mit auf Klassenfahrt fahren oder nicht zum Kindergeburtstag
179 gehen, weil das Geld nicht für ein Geschenk reicht, dann erfahren sie früh, dass
180 sie nicht teilhaben können. Diese Ausgrenzungserfahrungen brennen sich ein. Das
181 können wir nicht hinnehmen. Der Gesellschaft muss jedes Kind gleich viel wert
182 sein.

183 Familien müssen sich leicht informieren können, welche Möglichkeiten es für sie
184 und ihre Kinder zur maximalen Teilhabe gibt, auch, wenn ihre finanzielle Lage
185 schlecht ist. In Sachsen gibt es verschiedene Projekte und Institutionen der
186 Kinder- und Jugendarbeit. Diese müssen aber häufig um ihre Finanzierung bangen.

187 Die Sozialarbeiter*innen sind meist am nächsten an den Kindern und ihren
188 Familien, kennen ihre Lage und Bedürfnisse und können sie so effektiv
189 unterstützen. Diese Arbeit muss honoriert und gestärkt werden.

190 Es ist aber auch wichtig, dass Familie und Beruf endlich vereinbar werden. Wenn
191 die Betreuung der Kinder nicht geleistet werden kann, Arbeitszeiten wenig
192 flexibel sind und der Job zu schlecht bezahlt wird, um eine Familie zu
193 finanzieren, ist Armut die Folge. Auch wenn viele dieser Probleme der
194 Arbeitspolitik auf Bundesebene angegangen werden müssen, kann auch Sachsen
195 seinen Beitrag leisten, um Familien in diesem Bereich zu entlasten.

196 Sachsen kann und sollte sich dafür einsetzen, Kinderrechte grundrechtlich zu
197 verankern. Das würde dazu beitragen, dass die Belange von Kindern einklagbar
198 werden und politisch wie juristisch mehr beachtet werden. Eine Aufnahme von
199 Kinderrechten ins Grundgesetz nimmt den Staat in die Pflicht.

200 Mit der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung würde aber auch ein
201 wichtiges Zeichen für eine Gesellschaft gesetzt, die Kinder ernst nimmt, ihre
202 Bedürfnisse achtet und sich verpflichtet ihre Entwicklung zu fördern.

203 Für uns ist klar: Familien unterstützen heißt, dass der Staat sich selbst in der
204 Verantwortung sieht jedem Kind die bestmöglichen Chancen zu gewähren. Kinder
205 sind die Zukunft der Gesellschaft und ihr größtmögliches Wohlergehen gehört zur
206 gesellschaftlichen Verantwortung.

207 Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND:

- 208 - Landesweite Beratungs- und Unterstützungsprogramme für Kinder und Familien in
209 schwierigen Lebenssituationen
- 210 - Soziale Arbeit, sowie Kinder- und Jugendarbeit, die langfristig und tragfähig
211 finanziert wird
- 212 - Schaffung ausreichender, kostenloser und flexibler Krippen-, Kindergarten- und
213 Hortplätze
- 214 -Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen
- 215 Verschränkung von sozialer Armut und anderen Diskriminierungs- bzw.
216 Unterdrückungsformen
- 217 Faktoren, die die Chance, von sozialer Armut betroffen zu sein, erhöhen, sind
218 der kulturelle Hintergrund, das Geschlecht, Alter oder auch Behinderungen.
- 219 So kann Diskriminierung auf Grund von Klassenzugehörigkeit oder sozialem Stand
220 nur verschränkt mit anderen Unterdrückungsformen verstanden werden.
- 221 Frauen, die systematisch von Erwerbsarbeit ausgeschlossen wurden und abhängig
222 von anderen Einkommen waren oder Menschen, die behindert werden und trotz der
223 Möglichkeit vor der Rente Erwerbsarbeit nachzugehen, keine Altersabsicherungen
224 treffen konnten, werden im Rentenalter wahrscheinlicher unter prekären
225 Bedingungen mit geringem Einkommen leben.
- 226 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Sachsen, wenn wir über Sozialpolitik reden,
227 diese nicht isoliert und abgekapselt von anderen Politikbereichen zu denken.
228 Marginalisierte Menschen leiden am meisten unter prekären Lebensbedingungen und
229 müssen mitgedacht und mitgemeint werden!

A3 LTW S-1 Gemeinschaftskundeunterricht

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel S-1 des LT-Wahlprogrammes nach Z. 106 einfügen:
- 2 "Dabei soll stärker als bisher auch Augenmerk auf die persönliche, politische
- 3 Meinungsbildung gelegt werden. Neben der Vermittlung von Systemwissen über die
- 4 Funktion des politischen und wirtschaftlichen Systems in Deutschland und Europa,
- 5 muss Schule auch Raum bieten, die eigene politische Meinung entwickeln zu
- 6 können."

Begründung

Systemwissen ist wichtig, aber nur den Ist-Zustand auswendig zu können ist nicht ausreichend. Demokratie lebt vom Diskurs, der auf starken persönlichen Meinungen aufbaut. Deshalb wollen wir stärker als bisher Augenmerk darauf legen, dass durch Diskussionen und die Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen im Unterricht die eigene Urteils- und Meinungsbildungsfähigkeit geschult wird.

A4 M-4 Drittmittelabhängigkeit

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel M-4 des LT-Wahlprogrammes in Z. 25 nach
- 2 "finanzielle Spielräume zu geben"
- 3 folgendes einfügen:
- 4 ",um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern."
- 5 In Z.25 nach "Dadurch wollen wir"
- 6 folgendes einfügen:
- 7 "die Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre erhalten, mehr Qualität
- 8 in der Lehre ermöglichen und"

Begründung

Eine sehr hohe Drittmittelquote (wie sie z.B. an der TU Dresden vorliegt), schränkt die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre ein und kann sich negativ auf die Lehre auswirken, wenn Mitarbeitende für die Drittmittelprojekte gebunden sind (und in diesem Rahmen keine Lehrveranstaltungen abhalten dürfen). Eine höhere Grundfinanzierung schafft mehr Freiräume und ermöglicht mehr Zeit für die Lehre.

A5 LTW M-4 Zivilklausel

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel M-4 des LT-Wahlprogramms in Z. 142 nach
- 2 "und sie dabei in gesellschaftliche Verantwortung nehmen."
- 3 einfügen:
- 4 "Dazu gehört, dass sie nur noch ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke
- 5 forschen. Wir fordern deshalb die Verankerung einer Zivilklausel im Sächsischen
- 6 Hochschulfreiheitsgesetz nach dem Vorbild anderer Bundesländer, in der
- 7 festgeschrieben wird, dass alle sächsischen wissenschaftlichen Einrichtungen
- 8 ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke forschen.
- 9 Drittmittelkooperationen mit Einrichtungen der Bundeswehr oder der
- 10 Rüstungsindustrie werden damit ausgeschlossen."

Begründung

Die TU Chemnitz (und 63 andere Unis deutschlandweit) haben sie schon, ebenso einige Bundesländer: die Zivilklausel. Die Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen. Das setzt voraus, dass die Universität nicht für Einrichtungen der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie forscht, also keine Drittmittelkooperationen mit diesen Einrichtungen eingeht.

Gerade in Krisenzeiten stehen Bildung und Wissenschaft in der Verantwortung, zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme beizutragen und für menschenwürdige Lebensverhältnisse und Frieden weltweit zu forschen. Die Universitäten sollten und können Kriegs- und Friedensursachen ergründen, Strategien ziviler Konfliktlösungen entwickeln und für internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung eintreten.

Dem steht entgegen, dass Rüstungsunternehmen und Militär in alle Bereiche der Forschung drängen: Die Informationsstelle Militarisierung Tübingen listet allein 60 zivile deutsche Hochschulen auf, an denen sich WissenschaftlerInnen mit wehrtechnischen und wehrmedizinischen Fragestellungen befassen.

A6 LTW N-2 Kontrolle und Sanktionen

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Ersetze in Kapitel N-2 des LT-Wahlprogramms in Z. 221f
- 2 "Bei dem Transport und der Schlachtung sollen bestehende Tierschutzvorschriften
- 3 strenger kontrolliert werden."
- 4 durch
- 5 "Bei dem Transport und der Schlachtung sollen bestehende Tierschutzvorschriften
- 6 strenger kontrolliert und bei Verstößen wirksame und schärfere Sanktion verhängt
- 7 werden.

Begründung

Siehe Landwirtschaftsantrag auf der 2. LMV 2018

A7 LTW N-2 Pestizidabgabe

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes nach Z. 157 einfügen:
- 2 "Durch die Einführung einer Pestizidabgabe wollen wir kurzfristig den Einsatz
- 3 von Pflanzenschutzmitteln senken. Die Erlöse daraus wollen wir zur Förderung des
- 4 ökologischen Landbaus nutzen."

Begründung

Siehe Landwirtschaftsantrag auf der 2. LMV 2018

A8 LTW N-2 Stallneubauten

Antragsteller*in: Jonathan Gut (Basisgruppe Dresden)

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes nach Z. 85 einfügen:
- 2 "Wir wollen die Privilegierung von Stallneubauten im Baugesetz ändern und die
- 3 Mitwirkungsmöglichkeiten der ansässigen Bevölkerung im Genehmigungsverfahren
- 4 ausbauen."

Begründung

Siehe "Landwirtschaftsantrag" auf der 2. LMV 2018

A9 LTW N-3 Divestment

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-3 des Landtagswahlprogramms in Z. 305 nach
- 2 "Divestment-konforme Anlagerichtlinien entwickeln."
- 3 einfügen:
- 4 "Wir wollen den sofortigen Abzug aller Beteiligungen und Vermögensanlagen des
- 5 Landes Sachsen aus fossilen Geschäftsbereichen."

Begründung

Die bisher gewählte Formulierung (die dennoch weiter enthalten bleiben soll) ist noch sehr schwammig formuliert (wo Anlagen den geänderten Richtlinien entsprechen, muss abgezogen werden). Außerdem wurde das feine Wörtchen "sofort" ergänzt.

A10 LTW N-3 Kohleausstieg

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-3 des LT-Wahlprogrammes in Z. 51
- 2 "mit dem nationalen Kohleausstieg bis 2030"
- 3 durch
- 4 "mit dem nationalen Kohleausstieg bis spätestens 2030"
- 5 ersetzen.

Begründung

Wir sollten uns 2030 wenn dann als Maximalziel setzen, aber anstreben den Ausstieg früher geschafft zu haben.

A11 LTW N-4 365-Euro-Ticket

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-4 des LT-Wahlprogrammes folgendes streichen:
- 2 "Darüberhinaus wollen wir perspektivisch für alle Sächs*innen ein 365-Euro-
- 3 Jahresticket."
- 4 und durch folgendes ersetzen:
- 5 "Für alle anderen wollen wir ein sachsenweites 365-Euro-Jahresticket einführen."
- 6 In Kapitel N-4 des LT-Wahlprogrammes die Zeilen 88-89 streichen und durch
- 7 folgendes ersetzen:
- 8 "kostenlose Mobilität im Freistaat für alle Schüler*innen, Auszubildende und
- 9 Freiwilligendienstleistende und ein 365-Euro-Jahresticket für alle anderen"

Begründung

Konkretisierung des Adressat*innenkreises des 365-Euro-Tickets. Schüler*innen, Azubis und FSJ-/BFD-Leistende, die im Satz zuvor kostenfrei fahren sollen, werden herausgenommen. Die Idee des 365-Euro-Tickets für alle anderen, und damit eine deutliche Vergünstigung der Fahrkarte für viele, bleibt aber erhalten und schafft so Anreize zum Umstieg.

Zweifacher Änderungsantrag deshalb, um die Änderung sowohl im Fließtext als auch in den zentralen Kernthesen zu ändern.

A12 LTW N-4 Freiwilligendienstleistende einbeziehen

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-4 des LT-Wahlprogramms in Z. 67
- 2 "unseren Schüler*innen sowie den Auszubildenden"
- 3 durch
- 4 "allen Schüler*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden"
- 5 ersetzen.

Begründung

Freiwilligendienstleistende erhalten nur Taschen- und wenn sie Glück haben noch etwas Verpflegungs- und/oder Wohnkostenpauschale. Aber selbst der Höchstsatz reicht nicht zum Lebensunterhalt und liegt deutlich unter dem Höchstsatz des BaföG. Wir wollen sie an dieser Stelle wenigstens von den Kosten für den Weg zur Arbeitsstätte entlasten.

A13 N-2 Investitionsförderung

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes nach Z.204 einfügen:
- 2 "Investitionsförderung für Stallneubauten soll es nur bei überdurchschnittlichen
- 3 Tierhaltungsbedingungen geben."

Begründung

Siehe Landwirtschaftsantrag auf der 2. LMV 2018

A14 LTW S1 Wähler*innenverzeichnis

Antragsteller*in: Jonathan Gut

Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel S-1 des LT-Wahlprogramms in Z. 81ff
- 2 "sowie noch darüberhinausgehen und prüfen, ob unter 16-Jährige selbstständig
- 3 beantragen können sollten, sich ins Wähler*innenverzeichnis eintragen zu
- 4 lassen."
- 5 streichen und ersetzen durch:
- 6 "sowie noch darüberhinausgehen und unter 14-Jährigen ermöglichen, sich
- 7 selbstständig ins Wähler*innenverzeichnis eintragen zu lassen."

Begründung

Es ist schon mal sehr schön, dass Altgrün überhaupt über diese Möglichkeit nachdenkt. Wir sollten es aber nicht bei einem vagen Prüfauftrag belassen, der eh versanden würde, sondern explizit diese Forderung auch fordern.

Die Anpassung der Zahl 16 auf 14 erfolgt in Anlehnung an weitere Änderungsanträge.

A15 ÄA LTW N-1 Streusalzverbot

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 195-197: Zudem und setzen uns für ein Verbot von Tausalzen im Winter ein, die
- 3 zur Versalzung der Oberflächengewässer beitragen und die Straßenbäume schädigen.

Begründung

Nur ein Verbot von Tausalzen kann ein umfassenden Schutz vor Schäden geben. Eine andere vollkommene Lösung der Minimierung ist nicht gegeben.

A16 ÄA LTW N-1 Unterstützung ÖPNV

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In Kapitel N-1 des LT-Wahlprogrammes nach Z. 106 einfügen:
- 2 Z. 337-341: Mit einer Palette von Maßnahmen, wie die Verlagerung von Transporten
- 3 auf Schienenwege, die Unterstützung von ÖPNV und Radverkehr, autofreien Vierteln
- 4 den Einsatz von Pfortnerampeln soll insbesondere der Verkehr auf der Straße
- 5 vermindert werden. Wir setzen uns langfristig für einen kostenlosen ÖPNV in
- 6 Sachsen ein. Wir wollen dazu beitragen, dass die EU-Grenzwerte eingehalten
- 7 werden.

Begründung

Es ist wichtig neben den genannten Lösungsansätzen auch unsere Forderungen nach autofreien Vierteln sowie kostenloser ÖPNV anzugeben. Die beiden Lösungsansätze würden einen deutlichen Beitrag dazu leisten die EU-Grenzwerte einzuhalten.

A17 ÄA LTW N-2 Reduzierung Antibiotica

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 205-211: Die Haltungsformen sollen sich an den Bedürfnissen der Tiere und
3 nicht an größtmöglicher Reduzierung von Kosten der Betriebe orientieren. Wir
4 brauchen an der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Tiere orientierte Regeln für
5 Bestandsobergrenzen, Besatzdichten und Platzangebote. Mit ausreichend Platz pro
6 Tier und genügend Beschäftigungsmöglichkeiten sind Verhaltensauffälligkeiten im
7 Sozialverhalten der Tiere vermeidbar. Gesunde Tiere bedeuten wiederum, dass auf
8 den Einsatz von Antibiotika verzichtet werden kann.
- 9 hinzufügen:
- 10 "Außerdem soll Sachsen sich auf Bundesebene für eine konsequente Reduzierung des
11 Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung einsetzen und auf ein Verbot der Nutzung
12 von für menschlichen Gebrauch bestimmten Reserveantibiotika hinwirken."

Begründung

Bakterien können nach Kontakt mit Antibiotica Resistenzen ausbilden. Dies ist auch mit den Resten im Fleisch der Fall, wenn den Tieren Antibiotica verabreicht wurde. Wenn Tieren Reserveantibiotica verabreicht werden, können für den Menschen schädliche Bakterien Resistenzen ausbilden. Wenn ein Mensch gegen diese behandelt werden muss, sind diese Antibiotica nicht mehr wirksam. Dessenwegen dürfen Reserveantibiotica nicht an Tiere verabreicht werden

A18 ÄA LTW N-2 Arzneimittelkontrolle in der Landwirtschaft

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 235 einfügen:
- 3 "Damit zumindest die bisher geltenden Verordnungen über Arzneimitteleinsatz und
- 4 Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft eingehalten werden, wollen wir
- 5 Kontrolle der Haltungsbedingungen nicht länger allein den Landkreisen und
- 6 Kreisfreien Städten überlassen, sondern zentral vom Freistaat aus Kontrollen
- 7 durchführen lassen. Dies soll zu effektiverer Kontrolle führen."

Begründung

Wir wollen eine effektivere Kontrolle von Haltungsbedingungen und Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung. Bei zentralen Kontrollen sehen wir diese eher gegeben, da geringere Befangenheit bei den Verantwortlichen gegeben sein wird.

A19 ÄA LTW N-2 Biovegane Landwirtschaft

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 66 ff.: "Die Vergabepaxis bei Agrarfördermitteln in Sachsen soll sich an
- 3 ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und insbesondere Kreislauf- und
- 4 Regionalwirtschaft stärken. Auch Formen der biovegane Landwirtschaft wollen wir
- 5 unterstützen.
- 6 Ergänze: "Auch Formen der biovegane Landwirtschaft wollen wir unterstützen."

Begründung

erfolgt mündlich

A20 ÄA M-2 LTW Schwangerschaftsabbruch

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 125:
- 3 Wir wollen, dass Sachsen seiner gesetzlichen Pflicht zur
- 4 Bereitstellung von flächendeckenden Möglichkeiten des sicheren
- 5 Schwangerschaftsabbruchs nachkommt.
- 6 hinzufügen:
- 7 Außerdem soll der Freistaat auf einer zentralen Website, die Informationen über
- 8 Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs Patient*innen zur Verfügung stellen
- 9 und auf sich auf Bundesebene für eine Streichung des Paragraphen 219as
- 10 einsetzen.

Begründung

Die momentane Situation ist nicht mehr haltbar. Sachsen ist laut Schwangerschaftskonfliktgesetz dazu verpflichtet, ein "ausreichendes Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen" zu schaffen. Doch wie eine Kleine Anfrage von Katja Meier, grüne Landtagsabgeordnete, ergab, hat das sächsische Sozialministerium keine Informationen darüber, welche Ärzt*innen Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Da Ärzt*innen sich selbst nach Paragraph 219a schuldig machen, wenn sie solche Informationen anbieten, herrscht in Sachsen für Patient*innen im Moment völlige Unklarheit. Daher wollen wir den Freistaat dazu verpflichten Informationen über Schwangerschaftsabbrüche-durchführende-Ärzt*innen zentral auf einer Website zu veröffentlichen, um Patient*innen damit Zugang zu diesen Informationen zu gewährleisten. Außerdem ist die Kriminalisierung von Ärzt*innen, die informieren, durch Paragraph 219a nicht weiter hinzunehmen. Er kriminalisiert Ärzt*innen und stigmatisiert Gebärfähige.

A21 ÄA LTW M-2 Psychische Erkrankungen

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 112:
- 3 "Auch in Sachsen steigt die Zahl der psychischen Erkrankungen in allen Alters-
- 4 und Bevölkerungsgruppen."
- 5 Ergänze:
- 6 Wir setzen uns für die Entstigmatisierung aller psychischer Erkrankungen ein.

Begründung

Psychisch Erkrankte müssen oft nicht nur mit ihrer Krankheit kämpfen. Häufig leiden sie unter dem Druck, mit Freund*innen, Bekannten, Kolleg+innen und Familie nicht darüber sprechen zu können, oder mit einer Reihe Vorurteilen konfrontiert zu werden. Dieses Stigma erhöht den Leidensdruck. Wir wollen die Entstigmatisierung politisch angehen, damit niemand sich gegen seinen Willen mit einer Krankheit verstecken muss.

A22 ÄA LTW M-2 Paritätsgetz

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 132-134:
- 3 Wir wollen die Hälfte der Macht den Frauen geben. Die Gremien öffentlich-
- 4 rechtlicher Institutionen und die Aufsichtsräte und Beiräte der in Besitz des
- 5 Freistaates befindlichen Unternehmen sind paritätisch mit Frauen und Männern zu
- 6 besetzen.
- 7 Hinzufügen:
- 8 Außerdem wollen wir ein Paritätsgesetz für Kommunal- und Landtagswahlen für eine
- 9 paritätische Besetzung der Wahllisten der Parteien einführen, um für einen
- 10 höheren Frauenanteil in Parlamenten einzustehen.

Begründung

Wer die Hälfte der Macht den Frauen geben möchte, muss dies konsequent verfolgen. Die paritätische Besetzung der Landesliste bei unserer Partei zeigt, dass dieses Instrument zum erwünschten Erfolg führt: die Hälfte der Macht den Frauen zu geben.

A23 ÄA LTW N-4 Nachtnetz

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-4 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 44:
- 3 Mobilitätsgarantie für ganz Sachsen ein. Damit gibt es in
- 4 ganz Sachsen von 5 Uhr früh bis Mitternacht mindestens einen Stundentakt mit
- 5 einer verlässlichen und umweltfreundlichen Anbindung
- 6 hinzufügen:
- 7 "Außerdem fordern wir die Unterstützung eines Nachtliniennetzes, dass auch
- 8 zwischen Mitternacht und 5 Uhr Menschen umweltfreundlich durch Sachsen bewegt."

Begründung

Wenn die Verkehrswende gelingen soll, müssen umweltfreundliche Alternativen zum Auto immer zur Verfügung stehen. Nachts gilt das für Schichtarbeiter*innen genauso wie für Partygänger*innen.

A24 ÄA LTW M-2 Sportvereine

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 302:
- 3 Dabei sollen neben Kadersportler*innen auch gerade die Vereine und Verbände
- 4 profitieren, welche eine langfristige und solide Kinder- und Jugendarbeit
- 5 anbieten.
- 6 Hinzufügen:
- 7 sowie inklusive und integrative Abgebote

A25 Mobilität für Schüler

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 67-69:
- 3 Wir wollen unseren Schüler*innen sowie den Auszubildenden in Sachsen
- 4 preisgünstige Mobilität im Freistaat ermöglichen und zunächst ein sachsenweites
- 5 Ticket für alle Menschen in Ausbildung einführen.
- 6 ersetzen durch:
- 7 kostenlose Mobilität im Freistaat ermöglichen
- 8 Z. 88-89 und 69:
- 9 Streichen:
- 10 Darüber hinaus wollen wir perspektivisch für alle Sächs*innen ein 365-Euro-
- 11 Jahresticket.

Begründung

Wir wollen für Schüler*innen sowie Auszubildende kostenlose Mobilität im Freistaat ermöglichen und kein 365€ einführen. Daher fordern wir für sie die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs in Sachsen. (Züge, Busse, Straßenbahnen). Selbst die bisherige Regierungskoalition fordert ein Bildungsticket, welches nur 10 bis 20€ im Monat kosten soll, da wäre ein 365€ Ticket, wie hier gefordert, sogar teurer. Außerdem können so auch andere Ausbildungsorte angenommen werden, wenn der Preis des Pendelns, Menschen nicht mehr davon abhält.

A26 ÄA LTW N-4 Mobilitätsgarantie

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-4 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 44:
- 3 Mobilitätsgarantie für ganz Sachsen ein. Damit gibt es in
- 4 ganz Sachsen von 5 Uhr früh bis Mitternacht mindestens einen Stundentakt mit
- 5 einer verlässlichen und umweltfreundlichen Anbindung
- 6 ersetzen durch:
- 7 Mobilitätsgarantie für ganz Sachsen ein. Damit gibt es in
- 8 ganz Sachsen von 4 Uhr früh bis Mitternacht mindestens einen Stundentakt mit
- 9 einer verlässlichen und umweltfreundlichen Anbindung

Begründung

Als Beispiel der RE50, der Leipzig und Dresden verbindet, fährt Montag bis Samstag auch bereits ab 4 Uhr früh und wird auch, aus eigener Erfahrung gesprochen, gut angenommen.

A27 ÄA LTW M-1 Aktionsplan Vielfalt

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 158ff.: Wir setzen uns für die verbindliche Umsetzung und die Fortschreibung
- 3 des Aktionsplans Vielfalt zum Abbau von Diskriminierung in allen Bereichen durch
- 4 die sächsische Verwaltung ein und wollen die dafür notwendigen Mittel
- 5 bereitstellen.
- 6 Ergänzen:
- 7 Anlaufstellen, die Beratung und Unterstützung für queere Jugendliche anbieten,
- 8 wollen wir fördern und ausbauen.

Begründung

Ein coming-Out kann stellt Jugendliche häufig vor vielfältige Herausforderungen. Die Angst vor Diskriminierung, Mobbing und heteronormativen Zwängen machen es schwer heraus zu finden, wer man sein möchte und wie man lieben und leben will. Jugendliche wollen wir in dieser Phase unterstützen und so einen Beitrag zu mehr Selbstbewusstsein Queerer Jugendlicher, aber auch mehr Akzeptanz queerer Lebensweisen in der Gesellschaft leisten.

A28 ÄA LTW M-1 Verbot sexistische Werbung

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 142:
- 3 "Um körpernormierende, diskriminierende und
- 4 stereotypenverstärkende sexistische Werbung in Sachsen zu verhindern, sollen
- 5 gesetzliche Regelungen entsprechend der Regeln des Deutschen Werberates für die
- 6 kommerzielle Kommunikation getroffen werden."
- 7 Hinzufügen:
- 8 Schulische Lehrmaterialien wollen wir auf sexistische Klischees überprüfen und
- 9 überarbeiten.

Begründung

Sexistische Stereotype werden vielfach vermittelt und bilden oft die Grundlage für Diskriminierung. Wir bekämpfen Sexismus und stereotype und wollen, dass diese nicht weiter von klein auf erlernt werden. Sexismus hat in Lehrmaterialien nichts zu suchen, und ist dennoch viel zu häufig ebenda zu finden. Das wollen wir ändern.

A29 ÄA LTW S-1 Bürger*innenbeteiligung

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel S-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 46:
- 3 Außerdem muss die Landesregierung künftig die Bürger*innen bei großen Projekten
- 4 des Landes frühzeitig und proaktiv einbeziehen. Dafür soll die Landesregierung
- 5 einen Leitfaden für eine neue Planungskultur beschließen. Die Landesverwaltung
- 6 muss dabei die Menschen bei Großprojekten in Zukunft umfassend beteiligen, über
- 7 den gesamten Verlauf eines Projekts – von der frühen Planung bis zum Bau.
- 8 Interessenvertretungen, betreffende Personengruppen sowie Anwohner*innen müssen
- 9 eingebunden werden, durch unabhängige Moderation, Bürger*inbefragung, Runde
- 10 Tische oder Schlichtungsverfahren.

Begründung

Bürger*inbeteiligung darf nicht nur nach Anstrengungen der Bürger*innen erfolgen. Das Land muss proaktiv auf betreffende Personengruppen zugehen und sie mit einbinden, von der Planung bis zur Vollendung eines Projektes.

A30 ÄA LTW M-2 Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes entfernen:
- 2 Z. 122:
- 3 "Wir fordern den kostenlosen Zugang zu ärztlich verordneten Verhütungsmitteln
- 4 und Kondomen für Geringverdiener*innen."
- 5 ersetzen: alle
- 6 hinzufügen: ärztlich verordneten Verhütungsmitteln, Kondomen und Lecktücher

Begründung

Verhütungsmittel schützen nicht nur vor Schwangerschaft, sondern auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Deswegen gilt es an dieser Stelle Lecktücher zu ergänzen. Verhütungsmittel wollen wir für alle Menschen kostenlos zur Verfügung stellen. Wir sehen darin einen Beitrag zur Ermöglichung sexueller Selbstbestimmung und Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten.

A31 ÄA LTW S-4 Verbot Pfefferspray

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel S-4 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 129f.:
- 3 Wir GRÜNE sehen den zunehmenden Trend zur Aufrüstung und Militarisierung der
- 4 Polizei und der Ordnungsbehörden mit großer Sorge.
- 5 Ergänze:
- 6 Pfefferspray wollen wir als Waffe der Polizei verbieten.

Begründung

Pfefferspray ist eine enorm gefährliche Waffe, die als Kriegswaffe verboten ist. Die Polizei hingegen darf sie einsetzen und tut dies leider (beispielsweise im Zuge von Demonstrationen) immer wieder auch unverhältnismäßig zur Disziplinierung größerer Gruppen oder gegen Menschen, von denen keine akute Gefahr ausgeht, um sie präventiv außer Gefecht zu setzen. Dabei birgt Pfefferspray enorme gesundheitliche Gefahren und trifft häufig auch Unbeteiligte. Deswegen wollen wir es als polizeiliche Waffe verbieten.

A32 ÄA LTW N-4 Bikesharing

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-4 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 102:
- 3 Diese sind mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr verknüpft,
- 4 bieten neben P+R-Plätzen mit Ladestation für Elektroautos auch sichere und
- 5 überdachte Fahrradabstellanlagen und verfügen möglichst über eine Carsharing-
- 6 Station.
- 7 hinzufügen:
- 8 sowie die Möglichkeit Fahrräder auszuleihen

Begründung

Mobilitätsstationen, die eine Vielzahl von Möglichkeiten sich fortzubewegen, in sich vereinen, finden wir eine klasse Sache. Wenn Leistungen wie Carsharing angeboten werden sollen, soll das gleiche aber auch für Leihfahrräder gelten.

A33 ÄA LTW M-1 Asylpolitik

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 304:
- 3 Wir stehen für eine menschliche Asylpolitik. Geflüchtete brauchen unsere
- 4 Solidarität und unseren Schutz. Sie haben keine Rechte zweiter Klasse. Darum
- 5 wollen wir die so genannte „Abschiebehaft“ abschaffen, in der Menschen
- 6 inhaftiert werden, ohne etwas getan zu haben.
- 7 Wir wollen Flüchtlinge auf dem Mittelmeer nicht im Stich lassen und setzen uns
- 8 dafür ein, dass Sachsen sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen bereit
- 9 erklärt.
- 10 Menschen fliehen nicht freiwillig: sie müssen fliehen, weil sie in Krieg leben,
- 11 diskriminiert oder verfolgt werden. Darum werden wir keinen vermeintlich
- 12 „sicheren“ Herkunftsstaaten zustimmen, denn auch dort droht verschiedenen
- 13 Gruppen die Verfolgung. Abschiebungen in ein so unsicheres Land wie Afghanistan
- 14 sind unmenschlich und mit uns nicht zu machen. Wir fordern einen generellen
- 15 Winterabschiebestopp.

Begründung

erfolgt mündlich

A34 ÄA LTW M-2 Legalisierung Cannabis

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Ergänze Zeile 209:
- 3 Wir wollen den straffreien Eigengebrauch von Cannabis auf 15 Gramm erhöhen.

Begründung

Damit entlasten wir Justiz und Polizei, die sich zu häufig mit Bagatellfällen beschäftigen und tragen zu Entkriminalisierung von Konsument*innen mit einem landespolitischen Instrument bei.

A35 ÄA LTW M-1 Leichte Sprache

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Doch Barrierefreiheit muss auch beim Zugang zu Informationen gegeben sein. Daher
- 3 fordern wir, dass alle Institutionen Sachsens ihre Informationen bis Ende 2020
- 4 auch in leichter Sprache zugänglich machen.
- 5 hinzufügen:
- 6 Doch Barrierefreiheit muss auch beim Zugang zu Informationen gegeben sein. Daher
- 7 fordern wir, dass alle Institutionen Sachsens ihre Informationen bis Ende 2020
- 8 auch in leichter Sprache zugänglich machen.

A36 ÄA LTW M-1 Kindertagesbetreuung

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 (S1 Z. 81 auch ändern)
- 3 Z. 52-53:
- 4 "flexible Kindertagesbetreuung angeboten wird"
- 5 hinzufügen: kostenlos

Begründung

Wir wollen es allen Menschen, unabhängig von ihrem Geldbeutel, ermöglichen, ihr Kind in die Tagesbetreuung zu geben. Dies ist einerseits förderlich für das Kind, denn so erfährt es bereits vorschulische Bildung. Eltern auf der anderen Seite erlaubt es in der Zeit anderen Tätigkeiten nachzukommen.

A37 ÄA LTW M-1 Integration

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes entfernen:
- 2 Z. 254-256:
- 3 Unser Ziel ist nicht die Integration in eine vermeintliche Leitkultur, sondern
- 4 die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe und gegenseitigem Respekt auf
- 5 der Grundlage gemeinsamer Sprache und Rechte.

Begründung

Gesellschaftliche Teilhabe und gegenseitiger Respekt benötigt keine Grundlage in gemeinsamer Sprache oder Rechte. Menschen, welche andere Sprachen sprechen, haben ebenfalls das Recht auf Teilhabe und Respekt.

A38 ÄA LTW M-3 Horte

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-3 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 39 hinzufügen:
- 3 Auch kommunale Einrichtungen, wie Horte, müssen vom Freistaat gefördert werden,
- 4 wenn wir Bildungsbenachteiligungen abbauen wollen. Dafür wollen wir zunächst die
- 5 Betreuung für alle Kinder kostenfrei machen. Außerdem soll der Erzieher*innen-
- 6 Beruf weiter akademisiert werden und in Horten spezielle Stellen für
- 7 Studienabsolvent*innen (Sozialpädagogik, Deutsch als Zweitsprache), geschaffen
- 8 werden. Außerdem sollen Doppelnutzungsräume hortgerecht umgebaut werden.

Begründung

Horte sind die vorherrschenden Ganztagsangebote. Wollen wir Bildungsbenachteiligungen abbauen, müssen auch diese gefördert werden.

Auch Horte müssen vom Freistaat gefördert werden, wenn wir Bildungsbenachteiligungen abbauen wollen. Dafür wollen wir zunächst die Betreuung für alle Kinder kostenfrei machen. Außerdem sollen der Erzieher*innen-Beruf weiter akademisiert werden und in Horten spezielle Stellen für Studienabsolvent*innen (Soziale Arbeit, geschaffen werden. Das Budget von Horten erhöht werden.

A39 ÄA LTW M-2 Drogenpolitik

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Ergänze Zeile 187:
- 3 Um Konsument*innen zu schützen wollen wir ein so genanntes Drugchecking
- 4 ermöglichen. Zudem müssen Kommunen die Möglichkeit haben, Drogenkonsumräume
- 5 einzurichten.

Begründung

Wir setzen uns für eine menschliche Drogenpolitik ein, die Konsument*innen nicht stigmatisiert und kriminalisiert. Drogenkonsumräume ermöglichen es in geschütztem Raum zu konsumieren. Drugchecking hilft, Drogen auf ihre Reinheit zu überprüfen und rettet Menschen so vor verunreinigten Drogen und einer versehentlichen Überdosierung, und kann damit Leben retten.

A40 ÄA LTW M-1 Lohngleichheit

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes entfernen:
- 2 Z. 118-119:
- 3 Wir setzen uns für eine generelle Lohngleichheit von Männern und Frauen ein.
- 4 ersetzen durch:
- 5 Lohngleichheit von allen Geschlechtern

Begründung

Es gibt nicht nur zwei Geschlechter und nicht nur cis-Frauen sind Diskriminierung bezüglich ihres Lohns ausgesetzt.

A41 ÄA LTW M-1 Teilhabe

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 230:
- 3 Wir wollen in den Förderprogrammen des Landes gemeinsame Angebote für Menschen
- 4 mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und Musik
- 5 berücksichtigen.
- 6 Hinzufügen:
- 7 Wir wollen in den Förderprogrammen des Landes Menschen mit Behinderung in ihren
- 8 Entscheidungen über Wohnort, Arbeitsstelle und Freizeit stärken, sowie die
- 9 gemeinsame Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen
- 10 Theater, Sport und Musik berücksichtigen.

Begründung

Menschen mit Behinderung müssen gestärkt werden sich selbstzuverwirklichen. Dazu benötigt es weitergehende Förderprogramm als der inklusiven Angebote.

A42 ÄA LTW N-2 Töten von männlichen Kücken

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z.228-229: Tierquälerische Praktiken, wie das betäubungslose Kastrieren von
- 3 Ferkeln sollen ohne weitere Übergangsfristen endlich verboten werden.
- 4 ergänzen:
- 5 Tierquälerische Praktiken, wie das betäubungslose Kastrieren von Ferkeln oder
- 6 das Töten von Eintagesküken sollen ohne weitere Übergangsfristen endlich
- 7 verboten werden.

Begründung

Begründung: Beide Praktiken können nicht auf Länderebene beeinflusst werden, doch wenn das betäubungslose Kastrieren von Ferkeln im Wahlprogramm erwähnt wird, so soll es das Töten von Eintagesküken ebenso, denn auch diese Praxis ist unnötig grausam und zeigt die geringe Wertschätzung, die wir Menschen Tieren entgegenbringen.

A43 ÄA LTW S-2 Transparenzplattform

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel S-2 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 20-24:
- 3 Die Bürger*innen sollten unkompliziert und kostenlos Verwaltungshandeln und
- 4 Entscheidungen nachvollziehen können. Alle zur Veröffentlichung geeigneten
- 5 behördlichen Dokumente und Informationen des Freistaates und der Kommunen sollen
- 6 zukünftig unkompliziert auf einer zentralen Transparenzplattform abrufbar sein.
- 7 ergänzen:
- 8 außerdem sollen die Informationen allgemein verständlich veröffentlicht werden

Begründung

Transparenz ist erst dann gegeben, wenn die veröffentlichten Daten auch von den Menschen, die sie lesen wollen, verstanden werden können. Wir wollen damit sicherstellen, dass die veröffentlichten Daten nicht nur für eine kleine Gruppe von Menschen verständlich ist. Dafür sollen die Daten allgemeinverständlich aufbereitet und veröffentlicht werden. Denn erst das erlaubt dann auch Beteiligung von Bürger*innen.

A44 ÄA LTW N-4 Barrierefreiheit

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel N-4 des LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
2 Z. 109-118:
3 Der Abbau von Barrieren im öffentlichen
4 Verkehr ist damit eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe
5 aller Menschen. In Sachsen fehlen bisher landeseigene Aktivitäten für
6 barrierefreie Bahnhöfe. Andere Bundesländer tun deutlich mehr, um Zugangshürden
7 für mobilitätseingeschränkte Menschen abzubauen. Insbesondere im ländlichen Raum
8 ist der Handlungsbedarf groß. Wir wollen mit einem Landesprogramm den
9 barrierefreien Umbau der Bahnhöfe und Haltepunkte in Sachsen fördern und
10 vorantreiben. Mit der Deutschen Bahn (DB Station & Service AG) wollen wir dazu
11 eine Rahmenvereinbarung abschließen. Bis 2025 sollen alle Haltepunkte und
12 Bahnhöfe des Nahverkehrs im Freistaat Sachsen barrierefrei ausgebaut sein.
13 hinzufügen:
14 Doch nicht nur Bahnhöfe müssen barrierefrei sein. Wir setzen uns dafür ein, dass
15 das gleiche auch für Züge, Busse und den Schienenersatzverkehr gilt. Es ist
16 nicht haltbar, dass auf Barrierefreiheit Angewiesene plötzlich nicht mehr fahren
17 können, weil zum Beispiel der Schienenersatzverkehr fährt. Auch barrierefreie
18 Toiletten müssen gewährleistet sein.

Begründung

Barrierefreiheit und der Zugang zu Mobilität haben für uns Priorität. Dies darf jedoch nicht nur für Bahnhöfe gelten, dies muss auch für die dort fahrenden Verkehrsmittel gelten und auch dann, wenn der Schienenersatzverkehr fährt. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, bei Schienenersatzverkehr den öffentlichen Nahverkehr nicht mehr nutzen können.

A45 ÄA LTW M-1 Wahlalter

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M-1 des LT-Wahlprogrammes folgendes entfernen:
- 2 Z. 31f:
- 3 Wir wollen das Wahlalter für Kommunal- und
- 4 Landtagswahlen auf 16 Jahre senken und in jeder Kommune Jugendparlamente und
- 5 Beteiligungsformate für junge Menschen unterstützen
- 6 Ersetzen durch:
- 7 14 Jahre
- 8 und unter 14 eine Überprüfung

Begründung

Wir setzen uns konsequent für das Wahlrecht ab 0 ein. Das bedeutet, dass U-18-Jährige das Wahlrecht für sich beantragen können, wenn sie dies möchten. Das Wahlrecht steht allen Staatsbürger*innen zu, pauschal 14 Millionen Menschen in Deutschland davon auszuschließen, sehen wir als falsch an. Ein erster Schritt dagegen wäre die Absenkung des Wahlalters auf 14.

A46 ÄA LTW N-4 Anschaffung Lastenräder

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel des N-4 LT-Wahlprogrammes folgendes hinzufügen:
- 2 Z. 171:
- 3 Mit einem Förderprogramm wollen wir zudem gemeinnützige
- 4 Organisationen oder Kommunen bei der Anschaffung von Lastenrädern unterstützen.
- 5 ergänzen:
- 6 und Gewerbetreibende

Begründung

Es ist nur konsequent auch für Gewerbetreibende die Anschaffung eines (oft teuren) Lastenrads finanziell zu unterstützen. Gerade in der Innenstadt kann damit eine Zeitersparnis auf Seiten der Gewerbetreibenden und die Schonung der Umwelt gleichzeitig erreicht werden.

A47 ÄA LTW M Präambel

Gremium: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 13.01.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Im Kapitel M des LT-Wahlprogrammes folgendes entfernen:
- 2 Z. 4-5:
- 3 Ob Frau, Mann oder Transperson, ob alt oder jung, ob mit oder ohne Behinderung,
- 4 egal wo jemand herkommt oder hinwill
- 5 Ersetzen durch:
- 6 Ob Geschlecht, Alter, Aussehen, mit oder ohne Behinderung, oder herkunft

Begründung

TransMenschen sind auch Frauen oder Männer, außerdem schließt es nonbinäre Menschen aus und ist daher in der Schreibweise diskriminierend. Wir wollen eine einheitliche Benennung erreichen, welche keine "Klassen" von Merkmalen aufmacht, wie in der Präambel.